

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Staatsminister Klaus von Dohnanyi gibt einen Ausblick auf den Besuch von Ministerpräsident Bülent Ecevit.

Seite 1/2

Uwe Holtz MdB setzt sich für eine Denkpause im Nord-Süd-Dialog ein.

Seite 3/4

Hans Urbaniak MdB beschreibt die neuen sozialen Verbesserungen für Stahlarbeiter auf EG-Ebene.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 87

9. Mai 1978

Die traditionelle Freundschaft nutzen

Zum Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt

Der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit in der Bundesrepublik Deutschland ist einer der ersten offiziellen Besuche, die Ecevit seit seiner Berufung zum Ministerpräsidenten am 1. Januar 1978 macht. Schon aus dieser Tatsache läßt sich die Bedeutung erkennen, die beide Staaten, die Türkei und die Bundesrepublik Deutschland, ihren zwischenstaatlichen Beziehungen einräumen.

Ecevit kommt zu einem Zeitpunkt, der nicht nur von aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Türkei gekennzeichnet ist. Es geht auch um die Bestätigung und Festigung der bedeutsamen Beziehung zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft. Es geht schließlich um Gespräche im Rahmen des NATO-Bündnisses, in dem die Türkei ein ebenso wichtiger wie verlässlicher Partner ist.

Die Bundesregierung erkennt in Bülent Ecevit einen entschlossenen Reformen, der erkennbar gemacht hat, daß er im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten die Chancen für eine Stabilisierung und zügige Entwicklung der türkischen Wirtschaft ergreifen will. Und, der hierzu den Bestand seiner traditionellen Freunde in der europäischen Gemeinschaft und im NATO-Bündnis sucht.

Die Bundesregierung hat während der vergangenen Jahre großen Wert auf einen substanziellen deutschen Beitrag zur türkischen Entwicklung gelegt. Die Bundesrepublik hat bis heute der Türkei mehr als drei Milliarden DM Kapitalhilfe gewährt. Sie hat der Türkei in der schwierigen Situation des Jahres

Rohstoffversorgung für die Industrieländer (54 Prozent) und Begrenzung der Kriegsgefahr (42 Prozent). Wichtigstes Ziel aller Nord-Süd-Maßnahmen muß meines Erachtens der Aufbau einer leistungsfähigen und gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung im Weltmaßstab sein.

Seit der Erdölpreiskrise 1973/74, der Wasserscheide in den internationalen Beziehungen, haben die Entwicklungsländer das Thema der Errichtung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf die Tagesordnung aller wichtigen internationalen Konferenzen gesetzt, gleich wie der einzelne Konferenztitel auch gelautet haben mag. Obwohl zwischenzeitlich einzelne Reformen eingeleitet worden sind, wie z.B. im Rahmen des internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Konvention von Lomé und der Handelsliberalisierung, so wurde jedoch immer deutlicher, daß die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung nicht allein auf multilateralen "Jet-Set"-Konferenzen zu erreichen ist. Das Konferenzjahr 1977 hat keine relevanten Beschlüsse gebracht, die einen Durchbruch bei den Verhandlungen bedeuten könnten.

Nach drei Jahren intensiver wichtiger Konferenzen scheint es mir geboten, ein Moratorium, eine Art Denkpause für die internationalen Verhandlungen zu fordern. Solange die "Unabhängige Kommission für internationale Entwicklungsfragen" unter Willy Brandts Vorsitz nicht ihren Bericht vorgelegt hat, wird sich konzeptionell kaum etwas bewegen. Die jüngsten Äußerungen westlicher Staatschefs scheinen diese These zu stützen. Aufgabe der Kommission ist es, für die Neuordnung der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Möglichkeiten aufzuzeigen, die größtmögliche Unterstützung erlangen können. Die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung wird dabei zu Recht im Zentrum der Kommissionsverhandlungen stehen.

Wir Parlamentarier sollten die nächsten Monate nutzen, um die Ereignisse der letzten Jahre nochmals zu analysieren, um schöpferischen Mut für einen New-Deal in den internationalen Beziehungen aufzubringen.

(-/9.5.1978/ks/ca)

+ + +

Denkpause im Nord-Süd-Dialog

Neue Weltwirtschaftsordnung bleibt ein aktuelles Thema

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Schaffung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung wird für den Rest unseres Jahrhunderts auf der Tagesordnung bleiben. Die Lösung der Probleme zwischen Nord und Süd ist eine der großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen unserer Zeit.

Eine neue internationale Wirtschaftsordnung ist nach Meinung der Entwicklungsländer erforderlich, weil sie in der gegenwärtigen Ordnung kaum Chancen haben, ihre Rückständigkeit zu überwinden. In den Industrieländern wird die Forderung nach einer Reform der internationalen Strukturen immer lauter erhoben, weil man der mannigfachen eigenen und internationalen Probleme immer weniger mit den alten Rezepten Herr zu werden glaubt. Für sie ist die Bewältigung der nun schon mehrere Jahre dauernden Strukturkrise der Weltwirtschaft eine der zentralen Herausforderungen.

Ein "Vorhang der Armut" teilt die Welt in zwei Teile, von denen der eine größtenteils industrialisiert, städtisch und konsumorientiert und der andere vorwiegend agrarisch, ländlich und auf Existenzsicherung fixiert ist.

Aber gerade auch deshalb sind wir Europäer, die wir uns leiten lassen von den Ideen einer weltweiten Humanität, der Verwirklichung von Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Menschenrechten, aufgerufen, uns im Zeitalter der Interdependenz einer weltweiten Verantwortung zu stellen. Die Reichen können nicht länger wie auf einer Insel der Seligen leben.

Nach den Ergebnissen einer Umfrage, die das französische Meinungsforschungsinstitut SOFRES veranstaltet hat, scheinen die Europäer in der Mehrheit (52 Prozent) zu glauben, daß die gegenwärtige internationale Wirtschaftsordnung sich in den nächsten Jahren zugunsten der Entwicklungsländer ändern wird, nur sieben Prozent meinten, es würde bleiben, wie es ist. Die wesentlichen Wünsche an eine neue Weltwirtschaftsordnung sind: Verbesserung des Wachstums in der Dritten Welt (59 Prozent), garantierte

1978 in einer Soforthilfeaktion zu helfen versucht und kurzfristig Mittel in Höhe von 130 Millionen DM zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten bereitgestellt. Die Türkei ist damit nach Indien der zweitgrößte Empfänger deutscher Kapitalhilfe.

Die Bundesregierung hat sich ebenfalls im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft für eine produktive Entfaltung des Assoziationsabkommens zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft eingesetzt. Sie wird ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um die engen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen der EC und der Türkei durch eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation zu vertiefen.

Die Bundesregierung ist sich ihrer Verpflichtungen in der Frage der Gastarbeiter bewußt, obwohl die Zuständigkeiten für Schulen und Ausbildung bei den Ländern liegen, hat sich die Bundesregierung in der Vergangenheit für eine kontinuierliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Gastarbeiter und der Schul- und Lebensbedingungen für die Familien eingesetzt.

Schließlich engagiert sich die Bundesregierung für eine Lösung der Probleme, die durch den griechisch-türkischen Dissens das NATO-Bündnis belasten.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß bis zum Jahresende die wesentlichen Entscheidungen in den Beitrittsverhandlungen zwischen Griechenland und der Europäischen Gemeinschaft gefallen sein werden. Die deutsche Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1978 wird sich also für eine Fortsetzung der zügigen Beitrittsverhandlungen mit Griechenland einsetzen. Die Bundesregierung geht aber auch davon aus, daß durch die Entscheidung für den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft keine Lage entstehen darf, die die Türkei und die Europäische Gemeinschaft auseinanderdriften ließe. Es kommt darauf an, aus dem griechischen Beitritt produktive Möglichkeiten für eine Beilegung des Streites um Zypern und die Ägäis abzuleiten und die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und der Türkei auf diese Weise zu festigen.

(-19.5.1978/ks/oa)

+ + +

Neue Hilfen für Stahlarbeiter

Bundesregierung hat auf EG-Ebene soziale Verbesserungen durchgesetzt

Von Hans Urbaniak MdB

Stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

Auf dem Hamburger Parteitag im November letzten Jahres haben sich die Sozialdemokraten mit dem Initiativantrag II/2 mit der Stahlindustrie befaßt. In der Tat befindet sich die Eisen- und Stahlindustrie der Bundesrepublik seit 1974 in besorgniserregenden Beschäftigungsschwierigkeiten, in denen neben konjunkturellen immer stärker strukturelle Einflüsse spürbar werden. Innerhalb der letzten drei Jahre gingen ca. 30.000 Arbeitsplätze verloren. Ein Ende des Schrumpfungsprozesses der Eisen- und Stahlindustrie ist noch nicht in Sicht. Deshalb ist eine weitere Reduzierung der Beschäftigtenzahl in diesem Bereich zu befürchten.

Mit dem Hamburger Beschluß hat die SPD nicht nur ein Konzept für die Stahlindustrie gefordert, sondern sie hat auch für die Arbeitnehmer die Notwendigkeit weiterer Hilfen markiert. Wörtlich heißtes: "Im Rahmen der internationalen Stahlindustrie muß die Bundesregierung stärker als bisher die verschiedenen Möglichkeiten der bestehenden Fonds der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 56 des EGKS-Vertrages im Interesse der Arbeitnehmer nutzen und nicht nur die Rolle des Finanzgebers spielen." Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich bemüht, diese Forderung konkret durchzusetzen.

Worum geht es dabei?

Zu Artikel 56 des EGKS-Vertrages gibt es zur Durchführung nationale Richtlinien. Im Bereich Kohle sind sie seit langem existent; für den Bereich Stahl sind sie später entwickelt worden. Bereits vorhanden ist das "Wartegeld", das für 12 Monate gezahlt wird. Durch Länder-Regelungen ist eine Aufstockung um weitere 12 Monate möglich. Ebenfalls vorhanden ist die "Lohnbeihilfe", die 18 Monate lang gezahlt wird. (Diese Regelungen gelten selbstverständlich alternativ.) Die Regelungslücke war die "Abfindung" - jetzt hat unser intensiver Einsatz zu dem notwendigen Erfolg geführt: Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat mit Schreiben vom 14. April 1978 den Vorschlägen des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung über die Einführung einer einmaligen Abfindung für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie zugestimmt. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften wird also einen Anteil von 50 Prozent an den erforderlichen Mehraufwendungen zur Verfügung stellen. Damit ist ein weiterer konkreter Schritt zur umfassenden Hilfestellung für die Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie getan. Ohne Selbstzufriedenheit kann festgestellt werden: Der Einsatz hat sich gelohnt.

(-/9.5.1978/bgy/evo)